

Willy-Brandt-Platz

Informationen der SPD-Ratsfraktion Bochum im Juli 2010

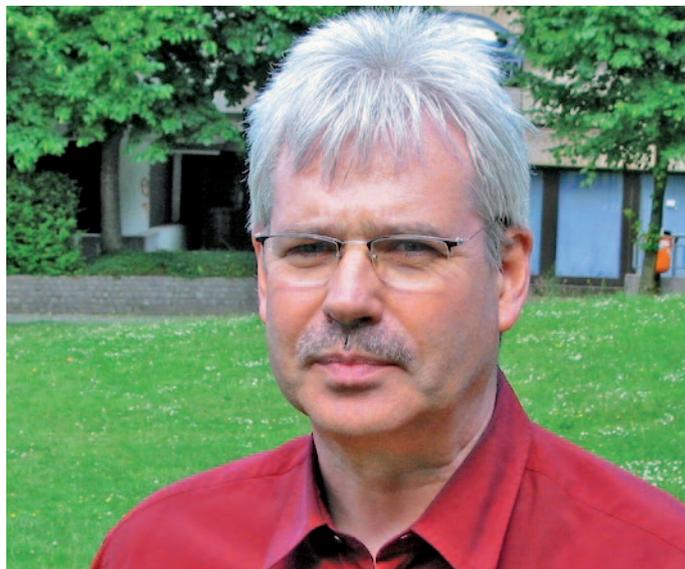
Am Ende stehen stärkere Schulen

Er singt nicht, ist aber trotzdem auf Tournee: Der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Wissenschaften, Peter Reinirkens. Begleitet wird er meistens vom bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Ernst Steinbach. Bei ihrer Reise durch die Schulen und die SPD-Gremien hört nicht jeder gern, was die beiden zu sagen haben.

Denn die ersten Überlegungen zur Schulentwicklungsplanung haben die Verwaltung verlassen. Sie haben die Schulen, die Öffentlichkeit und die Politik erreicht.

Die Schülerzahlen sinken. Ist Schulentwicklungsplanung da nicht eine ziemlich undankbare Angelegenheit?

Wer Peter Reinirkens das fragt, kriegt zur Antwort: „Es müssen Schulen geschlossen oder zusammengelegt werden. Da kommt keine Freude auf. Und mehr Lehrer für kleinere Klassen wird es vom Land nicht geben“. Also müsse die Stadt handeln. Allerdings glaubt Reinirkens auch, dass in der Schulpolitik eine spannende Zeit angebrochen ist. Denn jetzt



Dr. Peter Reinirkens ist Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaften.

werde die Frage nach den Kriterien für zukunftsfähige Schulen gestellt, nach Anmeldezahlen, Schulkonzepten und Standortqualitäten. Auch nach Geld natürlich.

Neue Schulpolitik

Hinzu kommt die Aussicht auf eine neue Schulpolitik in NRW. Längeres gemeinsames Lernen – in welcher Schulform auch immer – wird Platz brauchen. Die SPD-Politik ist deshalb auf entwicklungsfähige Standorte ausgerichtet. Der

Entwurf der Verwaltung ist nicht unantastbar, macht Reinirkens klar.

Die Politik muss die Argumente aller Seiten hören. Erklären, was notwendig ist. Und Reinirkens pocht auf Sachlichkeit, auch wenn er natürlich weiß, dass mit Leidenschaft gefochten wird.

Am Ende werden Schulen geschlossen werden. Die verbleibenden Schulen jedoch, davon ist Peter Reinirkens überzeugt, werden starke und zukunftsfähige Schulen sein.

Städtebau: Weniger Geld

Die Bundesregierung will 2011 die Mittel für die Städtebauförderung auf 305 Mio. Euro halbieren. Aus diesen Mitteln wird in Bochum unter anderem der Stadtumbau West im Griesenbruch, in Stahlhausen und Goldhamme sowie in der Hustadt bezuschusst. Ob und in wie weit die Projekte gefährdet sind, ist Gegenstand einer Anfrage der SPD-Fraktion.

Winterdienst: Weniger Salz

Trotz der strengen Temperaturen hat der USB im letzten Winter weniger Salz (2747 Tonnen) gestreut als im Winter davor (3216 Tonnen). Grund: Es war einfach zu knapp. Stattdessen hat der USB mehr Granulat verwendet: 1153 Tonnen statt 85 Tonnen im Winter 2008/09.

„Mindestens zweizügige Schulen“

Ernst Steinbach über Schulentwicklungsplanung

Schulentwicklungsplanung. Die öffentliche Debatte hat also begonnen. Und Ernst Steinbach ist als schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion mittendrin. Ein Gespräch:

Willy-Brandt-Platz: Zwölf Grundschulen und Teilstandorte sollen geschlossen werden. Dazu mindestens eine Haupt- und eine Realschule. Schulen sollen zusammengelegt werden. Ist das nicht zu viel?

Ernst Steinbach: Manche sagen, es wäre noch zu wenig. Aber es ist falsch zu fragen: Wie viele Schulen wollen oder müssen wir schließen. Wir fragen: Welche Schulen brauchen wir? Wo brauchen wir sie? Welche Zügigkeiten sollen sie haben?

wbp: Und wie lautet die Antwort?

Steinbach: Das ist ja eben Teil der Planung, die jetzt angefangen hat. Was bisher bekannt ist, ist ein Vorschlag der Verwaltung. Das hat schon Gewicht. Aber ich gehe davon aus, dass im Laufe der nächsten Monate noch ein paar wichtige Argumente zu Tage gefördert werden, die bisher nicht berücksichtigt worden sind. Als SPD arbeiten wir an Kriterien, die uns bei der Entscheidung helfen sollen.

wbp: Welche Kriterien werden das sein?

Steinbach: Zum Beispiel die Erreichbarkeit der Schule. Wie viele Kinder wohnen im Stadtteil? Diese Zahlen müssen in der Schulentwicklungsplanung noch



Ernst Steinbach ist Sprecher der SPD-Ratsfraktion im Ausschuss für Bildung und Wissenschaften.

Quartier für Quartier nachgewiesen werden. Die Anmeldungen der letzten Jahre und vor allem die Prognosen sind sehr wichtig. Aber kein Kriterium wird am Ende allein Ausschlag gebend sein.

wbp: Sie wollen keine Zwergschulen. Was bedeutet das?

Steinbach: Wir wollen mindestens zweizügige Schulen mit etwa 180 Kindern.

wbp: Wieso?

Steinbach: Damit eine ausreichende pädagogische Differenzierung möglich ist. Damit immer genügend Lehrer an der Schule sind, auch ein Konrektor oder eine Konrektorin zum Beispiel. Damit die Ganztagsbetreuung ausgelastet

werden kann. Um Mittel für Investitionen effizient einzusetzen.

wbp: Also geht es doch in erster Linie ums Geld?

Steinbach: Es geht um Geld, aber nicht in erster Linie um Einsparungen. Wenn möglich wollen wir beispielsweise den Etatansatz für die Schulbudgets nicht verringern, auch wenn einige Schulen geschlossen werden.

wbp: Die betroffenen Schulen beklagen jetzt, ihre Vorzüge würden nicht ausreichend berücksichtigt, ihre Schulkonzepte zum Beispiel.

Steinbach: Das könnte sogar stimmen. Uns ist auch noch nicht ganz klar, ob und in wie weit das

berücksichtigt worden ist. Am Ende werden aber die Zahlen besonders starkes Gewicht haben, weil sie objektivierbar sind. Aber wie gesagt: Kein Kriterium wird allein Ausschlag gebend sein.

wbp: Die betroffenen Schulen sind inzwischen öffentlich bekannt. Schadet das nicht bei den Anmeldungen für das nächste Schuljahr?

Steinbach: Ständige Gerüchte hätten viel mehr geschadet. Ganz abgesehen davon sammelt eine der Schulen ja jetzt schon Anmeldungen für 2011. Das hat natürlich nur eine symbolische Bedeutung, ist aber ganz schön clever.

wbp: Die meisten der genannten Schulen sind jetzt dabei, Unterschriften zu sammeln, Briefe zu schreiben, Diskussionen zu organisieren. Wie will die SPD sich an der Debatte beteiligen?

Steinbach: Das läuft längst. Unsere Fraktionsmitglieder sind informiert und so weit ich weiß, haben die meisten inzwischen auch Kontakt zu den Schulen in ihren Wahlkreisen aufgenommen. Treffen und Versammlungen werden gerade organisiert. Mir ist wichtig, dass Informationen und Entscheidungsprozesse transparent sind. Die Argumente müssen dann zusammengetragen werden. Und dann wird entschieden.

wbp: Wann wird das sein?

Steinbach: Wir wollen zur letzten Ratssitzung im Dezember fertig sein.

Schulentwicklungsplanung

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat 2009 Bochum und weitere Städte miteinander verglichen. Ergebnis: Bochum könne kurz- und mittelfristig auf 21 Grundschulen und zwölf weiterführende Schulen verzichten. Die SPD-Fraktion hat diese Einschätzung umgehend zurückgewiesen, denn die GPA hat immer die billigste Lösung als Vergleichsmaßstab gewählt. Auf der anderen Seite sagen einige Betroffene, es müsse überhaupt keine Schule geschlossen werden. Deshalb: Schulentwicklungsplanung.

Die Pflicht zur Schulentwicklungsplanung ergibt sich aus dem Paragraphen 80 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Der Paragraph regelt auch, dass Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung aufeinander abgestimmt werden müssen.

§§§

Die Schulträger sind verpflichtet, angemessene Klassen- und Schulgrößen zu gewährleisten, heißt es in Paragraph 81. Die Vorgaben hierfür macht das Schulministerium.

§§§

Paragraph 82 regelt die Mindestgrößen von Schulen bei ihrer Errichtung und Fortführung. Auch die Zusammenlegung von Schulen gilt dabei als „Errichtung“ (Paragraph 81). Als Richtgröße gelten mindestens zwei Klassen mit jeweils 24 (Grund- und Hauptschulen) beziehungsweise 28 Schülerinnen und Schülern. Bei der Fortführung von Schulen gelten andere Größen.

§§§

Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen ist möglich. Es ist auch möglich, eine Realschule um einen Hauptschulzweig zu erweitern – und umgekehrt. Das regelt Paragraph 83.

§§§

Das Schulgesetz bestimmt in Paragraph 93, wer über die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen entscheidet: Das Schulministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium. Hierfür ist eine Rechtsverordnung ausreichend.

§§§

In dieser Verordnung finden sich auch die „Klassenfrequenzrichtwerte“, die Höchst- und die Mindestwerte. So beträgt in der Grundschule der Richtwert 24 Kinder, die Bandbreite liegt bei 18 bis 30 Kindern. In Ausnahmefällen kann die Klassenstärke laut Gesetz auf 15 Kinder gesenkt werden. Eine Landesverordnung legt jedoch zurzeit mindestens 18 Kinder fest.

Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer hält dabei nicht mit: Die Relation „Schüler je Stelle“ ist gegenwärtig an Grundschulen auf 23,42 Kinder festgelegt. Stark vereinfacht bedeutet das: Wenn irgendwo eine Grundschul-Klasse mit 18 Kindern gebildet wird, müsste an anderer Stelle eine Klasse mit 28,84 Kindern eingerichtet werden ($2 \times 23,42 - 18 = 28,84$).

Die Gesetze und Verordnungen finden sich unter www.schulministerium.nrw.de.



Die neue Geschäftsführerin der ARGE, Martina Fischer, beim Besuch der SPD-Fraktion. Rechts: Vorsitzender Dieter Fleskes.

ARGE: Martina Fischer neue Geschäftsführerin

Um die Grundsicherung für Arbeitssuchende darf sich nach der Änderung der Verfassung nun auch in Zukunft eine Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Bundesagentur für Arbeit kümmern.

Dass sie dieses Modell favorisiert, weil es sich in den letzten Jahren bewährt habe, daran ließ Martina Fischer, neue Geschäftsführerin der ARGE Bochum, bei ihrem Besuch in der SPD-Ratsfraktion keinen Zweifel.

Alternativ wäre auch eine Übernahme all dieser Aufgaben, die zur Grundsicherung gehören, von der Arbeitsvermittlung über die Bearbeitung des Arbeitslosengeldes II bis hin zu Fördermaßnahmen, durch die Stadt denkbar.

Das tun jene 69 Städte, die sich seinerzeit für das „Optionsmodell“ entschieden haben. Weitere 41 dürfen, wenn sie eine Reihe von Bedingungen erfüllen, jetzt hinzukommen.

Etatberatungen 2011 beginnen gleich nach der Sommerpause

Trotz der geübten Zurückhaltung bei den Etatberatungen 2010 ist ein Haushaltsausgleich immer noch in weiter Ferne.

Bei den nach den Sommerferien beginnenden Beratungen zum Haushalt 2011 wird die SPD-Fraktion zwischen dem Ziel maximaler Konsolidierung und dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur zu entscheiden haben. Derzeit legt

die SPD die Ziele und Handlungsstrategien fest. „Bund und Land dürfen die Kommunen nicht ausbluten lassen. Ohne eine konkrete Soforthilfe stehen die Kommunen vor dem Ruin. Eine dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung verstößt gegen die in der Verfassung verankerte kommunale Selbstverwaltungsgarantie“, erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dieter Fleskes.

Privater Investor für das Freibad Höntrop gesucht

Blinde Fenster, bröckelnder Putz, ein gesperrter Sprungturm, ein fehlender Nichtschwimmerbereich, eine defekte Sauna. Der Zustand des Hallenfreibades Höntrop lässt ganz offensichtlich zu wünschen übrig.

Davon überzeugten sich die Mitglieder des Sportarbeitskreises der SPD-Ratsfraktion bei einem Ortstermin. Auf drei Mio. Euro schätzt die Verwaltung den Sanierungsbedarf. Auch wenn die Stadt diesen Betrag bei der aktuellen Haushaltslage nicht investieren kann, sieht die SPD-Ratsfraktion dennoch Chancen für den

Erhalt des idyllisch im Park gelegenen Bades. Für die Sanierung des gesperrten Zehn-Meter-Sprungturms macht sich ein neu gegründeter Förderverein stark. Und vielleicht würde für's erste eine Gartengastonomie den Freibadbesuch attraktiver machen.

Die Ideallösung wäre allerdings die Übernahme durch einen privaten Investor, der das öffentliche Schwimmen wie bisher ermöglicht und sich gleichzeitig durch erweiterte Gesundheits- oder Wellnessangebote eine Einnahmequelle erschließt.



Ortstermin im Freibad (v.l.): Friedhelm Lueg, Manfred Molszich (Vorsitzender der Wattenscheider Bezirksfraktion), Rainer Schug, SPD-Fraktionsvorsitzender Dieter Fleskes, Hans-Peter Herzog und Hans Hanke. Im Hintergrund: der gesperrte Sprungturm.

Eisenbahnmuseum wird ausgebaut



Das Eisenbahnmuseum in Dahlhausen wird zu einem museumspädagogisch hochwertigen und touristisch attraktiven Standort ausgebaut.

Das zumindest ist die Absicht von Museum und Verwaltung; eine entsprechende Vorlage wandert derzeit durch Fachausschüsse und Rat. Im Mittelpunkt steht dabei die Grün-

zung einer Stiftung. Um diese Vision zu verwirklichen, will der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) das Gelände von der Bahn AG erwerben.

Die Deutsche Gesellschaft für Eisenbahngeschichte (DGEG) hat bereits beschlossen, eine Stiftung zu gründen. Die Stiftung soll künftig das Eisenbahnmuseum tragen. Des Weiteren sollen Gelder für die Erweiterung der Wagenhalle beantragt werden. Ein neuer Eingangsbereich mit Aussichtsturm könnte ebenfalls aus Städtefördermitteln gebaut werden. Die Zusammen-

arbeit unterschiedlicher Partner verbindet ehrenamtliches Engagement mit privater und öffentlicher Investition.

Die Verwaltung wird nun die Planungsbausteine im Hinblick auf einen Maßnahmen-, Kosten- und Zeitplan „weiterqualifizieren“ und die Förderanträge zusammen mit dem Eisenbahnmuseum, der DGEG und dem RVR für 2011 vorbereiten. Das Dahlhauser Ratsmitglied Manfred Wittmann (Foto) sieht in der Konzeption auch eine Aufwertung des Stadtteils. „Das Umfeld soll neu gestaltet werden“, so Wittmann. Dazu gehöre auch, dass der Fußgänger-tunnel zur Ruhraue verbessert werde – mehr Licht und Sauberkeit seien nötig.

„Vor allem aber wird das Museum mit einem Fußweg an das Dahlhauser Zentrum angebunden“, so Wittmann.

Noch `ne Tonne?

„Einführung einer kommunalen Wertstofftonne“ steht über der Vorlage der Verwaltung – und wer denkt da nicht sofort, dass ab Januar 2011 noch eine Mülltonne vor der Haustür steht? Doch soweit muss es gar nicht kommen. Der Umweltservice Bochum hat den Firmen, die den „Gelben Müll“ einsammeln könnten, angeboten, eine kommunale Wertstofftonne mitzubutzen. Der Gelbe Sack und die Gelbe Tonne wären dann Vergangenheit. Stadt und USB bereiten sich mit dieser Initiative auf mögliche gesetzliche Änderungen vor. Demnach müssen künftig auch Wertstoffe getrennt gesammelt werden, die nicht Verpackungen sind, aber aus dem gleichen Material bestehen. Wunderbare Abfallwelt.

Gerichts-Mall: Mehr als 20.000 sind nicht drin

Neue Nutzungen für das Justizgelände am Husemannplatz und das Telekomgebäude an der Viktoriastraße: Investoren locken gern mit schönen Animationen und beachtlichen Zahlen über neue Arbeitsplätze.

Doch die Gewerkschaft ver.di ließ in einem Schreiben an den Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Stadtentwicklung die Luft aus dem bunten Ballon: Die Kaufkraft der Verbraucher sinke. Bei den neuen Arbeitsplätzen handele es sich oft um prekäre Arbeitsverhältnisse. Befristung, Lohndumping, Niedrig-Teilzeit und Leiharbeit listen die ver.di-Gewerkschafter auf.

Wer wie die Gewerkschaft heute schon Überkapazitäten bei den Verkaufsflächen erkennt, der wird hinter der Ausweitung von neuen Verkaufsflächen ein dickes Fragezeichen machen.

Dieses Fragezeichen hat auch die SPD-Fraktion gemacht. Die Stadt Bochum versucht nun, die Auswei-



Herbert Kastner ist wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.



zung zu steuern. Maximal 20.000 Quadratmeter gelten hier als Planungsmaxime. Das hatten auch die Industrie- und Handelskammer und der Einzelhandelsverband gefordert.

Doch die Fläche ist es nicht allein. Viel schwieriger wird es werden, sich auf das Kleingedruckte zu einigen: Welche Sortimente sind erlaubt? Wie groß sollen die Geschäfte mindestens sein? Wohin kommen die Stellplätze? Wie viele Wohnungen, Praxen, Büros und Freizeiteinrichtungen sind wünschenswert?

Die Betroffenen sollen sich jetzt zusammenraufen: Städtebaulicher Ideenwettbewerb und Moderationsprozess heißen die Stichworte für Eigentümer, Verbände und Planer.

Die Politik wird an diesem Moderationsprozess nicht beteiligt sein, hebt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Herbert Kastner hervor. Die Beteiligten selbst sollen sich

zunächst einigen. „Eine von allen getragene Entwicklung der Bochumer Innenstadt wäre wünschenswert“, so Kastner.

Justiz-Abriss frühestens 2014

So sieht gegenwärtig der Zeitplan aus: Von August bis November soll der **Moderationsprozess** laufen. Im Dezember startet der **städtebauliche Wettbewerb**, dessen Preisgericht im März 2011 tagen wird. Anschließend müssen die Ergebnisse in **Planungsrecht** umgesetzt werden. Der entsprechende Bebauungsplan könnte Mitte 2012 vom Rat als **Satzung** beschlossen werden – als Planung aus einem Guss, auch wenn zeitversetzt gebaut wird. Denn im Telekomblock könnten bereits **Ende 2012** die Bauarbeiten beginnen. Das Justizgelände wird jedenfalls erst später zur Verfügung stehen: Frühestens **Anfang 2014** kann das Justizgebäude abgerissen werden.

Netzwerk Ausbildung für alle gestartet

„Ein faires Programm zur Förderung von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte“, so bezeichnet Johannes Scholz-Wittek, Vorsitzender des Migrations- und Integrationsausschusses, das Anfang März gestartete Netzwerk „Ausbildung für alle“. Es wird mit 845.000 Euro aus dem „Nokiafonds“ Wachstum für Bochum finanziert.

Ziel dieses dreijährigen Projektes ist die Verbesserung der Chancen ausländischer Jugendlicher bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Daran beteiligen sich fünf Hauptschulen in Bochum. Zur Zeit erhalten bereits 234 Jugendliche ab der siebten



Johannes Scholz-Wittek.

Klasse in 39 Kleingruppen zusätzlichen Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Physik und Informatik. Mit dem Einsatz qualifizierter Studierender unterstützt die Ruhruniversität Bochum diesen Förderunterricht.

Ein Netzwerk stellt verbindliche Kontakte zu ausbilden den lokalen Betrieben her. Experten der Personalabteilungen von ansässigen Unternehmen helfen den Schülern bei der Vermittlung in eine Ausbildung. Auf die Einbindung der Eltern wird sehr viel Wert gelegt.

Johannes Scholz-Wittek sieht in diesem Programm „eine echte Chance für die Jugendlichen“.

Pauschale Kürzung pauschal einkassiert

Jede dritte Kommune in Nordrhein-Westfalen muss 2010 schon mit der Nichtgenehmigung ihres Etats rechnen. Die vorläufige Haushaltsführung wird zum Normalfall.

Das Nothaushaltsrecht bewirkt, dass keine neuen Aufgaben wahrgenommen werden können, Stillstand bei Investitionen droht und wichtige Entscheidungen nur noch nach ausgiebigen Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht getroffen werden können.

Unter diesen Voraussetzungen haben Rat, Fachausschüsse und Bezirksvertretungen den Etat 2010 mit dem Haushaltssicherungskonzept und der Prioritätenliste für Investitionen beschlossen. Anders als in den bisherigen Etatberatungen hatten sich alle Fraktionen darauf verständigt, die bereits mit dem Haushalt

2009 für 2010 geplanten Ansätze zu übernehmen.

Über das Haushaltssicherungskonzept 2009 hinausgehende Einsparungen sollten erst zum Haushalt 2011 beraten werden.

Hiervon war die Verwaltung abgerückt, in dem sie eine vierprozentige Kürzung aller Sach- und Dienstleistungen einplante.

„Einzelfall prüfen“

Solche pauschalen Kürzungen führen zwangsläufig zu unausgewogenen Belastungen. Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen im Grünflächenbereich und Maßnahmen im Umwelt- und Klimaschutz waren betroffen. Lehr- und Unterrichtsmittel wären dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Deshalb haben SPD und Grüne diese Kürzungen

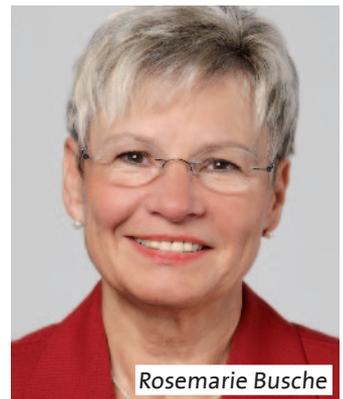
auch pauschal wieder einkassiert. „Wir wollen durch eine Einzelfallprüfung eine gerechtere Verteilung der Belastungen in den Fachbereichen sicherstellen,“ begründet der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Dieter Fleskes die Entscheidung seiner Fraktion.

Das Haushaltsdefizit für 2010 erhöht sich dadurch auf voraussichtlich 169 Millionen Euro.

Auch die Prioritätenliste für Investitionen hat die SPD gemeinsam mit den Grünen geändert. Im Gegensatz zur CDU, die in Straßenbau investieren wollte, hat die SPD in erster Linie Kürzungen bei den Mitteln des Schulbudgets, den Instandhaltungsmaßnahmen im Sportbereich sowie bei den Ersatzmaßnahmen im Naturschutz und der Landschaftspflege zurückgenommen.

Geld für Schulen

Auf rund zwölf Mio. Euro beläuft sich 2010 die Bildungspauschale des Landes. Darauf weist Rosemarie Busche, Mitglied des Ausschusses für Bildung und Wissenschaften, hin. Mit 4,5 Mio. Euro schlägt der Ausbau der Hauptschule Wattenscheid zu Buche. Rund eine Mio. Euro fließt in den Brandschutz. Nach den Worten von Rosemarie Busche werden in den kommenden Jahren auch verstärkt Mittel aus der Bildungspauschale in die Jugendhilfe fließen, unter anderem in den Neubau einer Kindertagesstätte im Griesenbruch.



Rosemarie Busche

Stadt kauft Kitas in Hordel und Rosenberg

Seit dem 1. August 2009 hat die Stadt Bochum zwei ehemals katholische Kindertageseinrichtungen übernommen: die Kita an der Röhlinghauser Straße in Hordel und die Kita an der Händelstraße im Stadtteil Rosenberg.

Eigentümer der Immobilien blieben weiterhin die jeweiligen Gemeinden. Bis jetzt, denn die Stadt Bochum will die beiden Häuser kaufen.

„Das macht auch Sinn, denn alle 17 städtischen Kitas sollten gleich behandelt werden“, erklärt Hermann Päuser, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses.

In diesem Jahr wird mit dem Kauf der Kita in Hordel begonnen, die Kita im Rosenberg wird 2011 erworben. Das wurde im Rahmen der Etatberatungen beschlossen. Dieser Entscheidung mochte die

CDU nicht zustimmen: Sie enthielt sich bei der Abstimmung.

Bis zum Rechtsanspruch auf eine U-3-Betreuung im Jahr 2013 gibt es in der Bochumer Kita-Landschaft noch einiges umzusetzen: „Um den vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Rechtsanspruch zu erfüllen, müssen noch etwa 1000 neue U-3-Plätze geschaffen werden“, so Hermann Päuser. Das

seien Investitionen in Höhe von 4,6 Mio. Euro, die insgesamt gestemmt werden müssten.

Auch zukünftig soll seiner Meinung nach der Anteil der städtischen Kindertagesstätten weiter erhöht werden, um gemeinsam mit den freien Trägern die gewachsenen Ansprüche in der frühkindlichen Bildungsarbeit noch effektiver bewältigen zu können.

KONTAKT / IMPRESSUM

SPD-Ratsfraktion Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-4, 44777 Bochum, Geschäftsführer: Axel Flügge
post@spd-ratsfraktion-bochum.de, www.spd-ratsfraktion-bochum.de, 0234.910 18 10 (Telefon)
0234.910 20 84 (Fax), alle Angaben ohne Gewähr.